

Asyl für Snowden und Assange

Der Luxemburger Chaos Computer Club fordert in einer Mitteilung Asyl für beider Whistleblower, Julian Assange und Edward Snowden.



Asyl für Whistleblower, fordert der Chaos Computer Club. (Bild: dpa)

Jüngst jährte sich der Aufenthalt von Julian Assange (Sprecher der Enthüllungsplattform Wikileaks) in der ecuadorianischen Botschaft zum zweiten Mal. Seit etwa vier Jahren könne er sich nicht mehr frei bewegen, erinnert der Luxemburger Chaos Computer Club in einer Mitteilung.

Edward Snowden (Whistleblower) sei vor über einem Jahr politisches Asyl in Russland gewährt worden. Vor ein paar Tagen wurde sein Aufenthalt in Russland um 3 Jahre verlängert.

Das Risiko der "Enthüller"

Beide Männer hätten erhebliche Risiken und Konsequenzen auf sich genommen um der Welt die Absichten machthungriger Institutionen und deren Aktivitäten aufzuzeigen. Als Antwort erhielten sie Drohungen, Gerichtsverfahren und Denunzierungen von den betroffenen Staaten, so der Club. Das System hätte sich seit ihren Enthüllungen nicht viel geändert, bedauert der Chaos Computer Club.

Deshalb appelliert der Chaos Computer Club Lëtzebuerg (C3L) an die luxemburgische Regierung, Julian Assange und Edward Snowden politisches Asyl in Luxemburg anzubieten. Damit würde sich zum ersten Mal seit den Enthüllungen von Wikileaks ein europäischer Staat konkret hinter die beiden Menschenrechtsverteidiger stellen und so ihre Position auf internationaler Ebene stärken.

Alle waren sich einig

Der Club verweist auf das Rundtischgespräch, das im Rahmen der Initiative "Freedom Not Fear" stattfand und bei welchem sich sämtliche anwesenden Parteivertreter – mit Ausnahme der ADR & PID – für ein Asyl von Edward Snowden in einem europäischen Mitgliedsstaat ausgesprochen haben.

"Die luxemburgische Regierung soll endlich politische Courage zeigen und aufhören sich nach der Pfeife der US-Amerikanischen Regierung bzw. des Kurses anderer EU-Mitgliedstaaten zu orientieren; und sich hinter die Menschen stellen welche nun bereits öfters ihre Loyalität gegenüber Offenheit, Datenschutz und Menschenrechte bewiesen haben." erklärt Jan Guth, vom C3L.

Edward Snowdens größte Sorge sei es, dass sich aus den gesamten Enthüllungen nichts zum Positiven entwickeln wird in punkto Privatsphäre, Datenschutz sowie Bürger- und Menschenrechte, wird abschließend in der Mitteilung betont. Deshalb müsse ein klares Zeichen gesetzt werden - und warum nicht von Luxemburg?

(rh/Tageblatt.lu)